

Dr. Hummel über Europäische Wirtschaftsfragen.

Ueber dieses Thema hat unser Reichstagsabgeordneter, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel auf einer Wirtschaftstagung in Dresden die nachfolgenden, von hiesigen Kreisen der Verammlung begründeten Ausführungen gemacht.

Staatspräsident Hummel: Meine Damen und Herren! Herr Wieland hat im Eingange seiner Ausführungen davon gesprochen, daß er für die Festlegung dieses Themas nicht verantwortlich sei. Ich kann mich dieser Bemerkung nur anschließen (Geisterfeier). Wenn ich aus Ihrer Publikation gehört habe, daß ich über europäische Wirtschaftsfragen zu Ihnen sprechen soll, so schien es mir aber trotzdem nicht unangenehm, mich mit Ihnen über diese Dinge zu unterhalten, wenn die Anregung auch nicht von mir ausgeht. Denn in der Tat drängt sich ja jedem, der in Geschäften steht, sei es in Deutschland oder in einem anderen Lande, der Gedanke unmittelbar auf, daß der Zusammenhang zwischen den Zuständen der einzelnen nationalen Wirtschaften in Europa heute ein viel engerer ist, als das früher der Fall war, und daß die Verknüpfung der einzelnen Wirtschaften in Europa eine viel stärkere geworden ist, ja, daß sich der Zustand der Wirtschaften in den verschiedenen Ländern Europas gleich, da die Gründe, die hinter der Lage der europäischen Wirtschaft schlummern, fast überall dieselben sind, und man kann mit einem gewissen Rechte heute von einer europäischen Wirtschaftspolitik sprechen. In der Tat ist der Zustand der Wirtschaft in den einzelnen Ländern Europas heute überall ein ähnlicher, er ist überall ein krisenhafter, und wir können, soweit Europa in Betracht kommt, mit Recht von einer europäischen Wirtschaftskrise sprechen, wobei wir daran denken müssen, daß dieser Krisenphase ja überall in der Weltwirtschaft in der Erscheinung tritt.

Dieser Krisenzustand der europäischen Wirtschaft hat auch im wesentlichen überall die gleichen Ursachen. Daß wir in diese Krise hineingeraten sind, ist, da sprache ich wohl kein Geheimnis aus, in erster Linie ein Ergebnis des großen Weltkrieges, des großen europäischen Krieges, der von so vielen herbeigeführt wurde in allen Ländern, die an ihm beteiligt waren, und den man als ein notwendiges Stadium für die Wästel Europas betrachtet hat. Wir sind nun eben im Begriff, das Stadium wieder abzulaufen zu lassen, in dem wir uns befinden.

Wir dürfen es aber dabei als eine merkwürdige Erscheinung in der Geschichte betrachten, daß diesmal das Ende des Krieges, das Ende der Kämpfe, nicht der Beginn des Friedens, sondern der Beginn eines Normalzustandes herbeizuführen, sondern daß der Frieden, der diesen großen Krieg beendet hat, ein neuer Grund war, neue Krisenursachen in Europa und die Welt hineinzuführen. Wir leiden also nicht nur an Kriegen, sondern auch am Frieden, der diesen Krieg beendet hat.

Und wir sehen auch überall ähnliche Erscheinungen in den anderen europäischen Wirtschaften: Arbeitslosigkeit, einen merkwürdigen Geldüberfluß, Arbeitslosigkeit, alles Erscheinungen, die bis zur letzten Krise verjagt, an den gemeinsamen Endpunkt der Wirtschaftskrise führen.

Die wesentlichste Erscheinung für die Wirtschaften aller europäischen Länder ist die, daß im Vergleich zur Vorkriegszeit die Märkte eine ungeheure Verengung und Verminderung erfahren haben. In letzter Linie mündet die Krise der europäischen Wirtschaft in einem Mangel an Märkten aus.

Und wenn wir diese Dinge von deutschen Standpunkte aus betrachten, so ergibt sich, soweit der innere Markt in Frage kommt, ein Bild, das dem Bilde in den anderen Ländern durchaus gleicht. Der innere Markt leidet zu nächst unter einer schwachen Konsumkraft. Der innere Konsum will nicht in Gang kommen, weil die Konsumkraft der breiten konsumierenden Masse zu schwach ist. Wir haben noch bis ganz vor kurzem das am härtesten im Zustande der Landwirtschaft gesehen. Die fehlende Konsumkraft der Landwirtschaft, die fehlende Konsumkraft des gewerblichen und handelsbetreibenden Mittelstandes, die fehlende Konsumkraft der Gefälls- und Lohnempfänger hat eine große Depression für die Krise einen schlechten Gang der Industrie hervorgerufen. Die Industrie ist auch ein schwacher Konsumant geworden, und wir sehen die Fortsetzung dieser Schwächung des inneren Marktes auch weiter in Erscheinung treten beim Staate, den Ländern und Gemeinden. Ich erinnere an das Zurückgehen der Aufträge in der Staatsbahnverwaltung und auf einer ganzen Reihe von anderen Gebieten.

Wenden wir uns auf den äußeren Markt, so sehen wir auch hier wieder ganz ähnliche Erscheinungen. Daß der äußere Markt für die meisten Länder Europas stark verengt worden ist, ergibt sich vor allem aus dem Anstich des großen östlichen Teils von Europa, Rußlands, als Konsumierender der Produkte der Wirtschaften der übrigen europäischen Länder auch nur in einem annähernden Maße wie in der Vorkriegszeit.

Wir sehen aber als Folge der Kriegswirtschaft in fast allen Ländern die ähnliche Erscheinung der Entstehung von neuen Industrien, die früher in diesen Ländern nicht

gearbeitet haben, von neuen Industrien, die von den Regierungen ihrer Länder subventioniert und dadurch in den Stand gesetzt werden, den Markt der übrigen vor früher her vorhandenen Industrien in den anderen Ländern weiter zu verengen.

Zölle, Einfuhrverbote, in einem Maße, wie man sie in der Vorkriegszeit nicht gekannt hat, durchziehen die europäischen Wirtschaftsgebiete mit einem Netz von Schranken, die für manche Waren unüberwindlich sind. Wir sehen auf der anderen Seite, wie eine Reihe von Ländern Europas im Zustande einer verfallenen Währung, im Zustande der Inflation die Wirtschaft der übrigen Länder mit fester Währung dadurch gefährden, daß sie inländische sind, mit ihrer Inflationswirtschaft ein Dumping auf dem europäischen Markt zu treiben, das den Ländern mit fester Währung das Zutreten auf diesen Märkten erschwert oder unmöglich macht.

Und wir sehen weiter, wie immer stärker in Europa heute die Konkurrenz einer außereuropäischen Wirtschaft, der amerikanischen Wirtschaft, in Erscheinung tritt. Wenn man sich über die Gründe der erhöhten Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft in Europa befragt, so wird, wie ich glaube, hier vielfach nicht mit dem richtigen Masse gemessen. Man soll an und für sich ja nicht annehmen, daß die amer. Wirtschaft der europäischen Konkurrenz fähiger ist, wenn man an den Anteil der Löhne denkt. Die Löhne in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sind höher, als wie wir sie hier uns gewöhnt sind, und man sollte annehmen, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit Amerikas gehindert ist. Trotzdem sehen wir, daß es in einer ganzen Reihe von wichtigen bedeutsamen Artikeln ein erfolgreiches Konkurrenz macht. Beinhaltet man sich über die Ursachen dieser erhöhten Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten Nordamerikas auf dem Weltmarkt, so kommt man auf Gründe, deren Konsequenzen man auf die europäische Wirtschaft anwenden muß, wenn man daran gehen will, ein Sanierung auf dem europäischen Boden durchzuführen.

Wir müssen daran denken, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika einen riesigen Binnenmarkt von ungeheurer Konsumkraft darstellen, einen riesigen Binnenmarkt nicht unterbrochen durch die Schranken der Zölle, nicht unterbrochen durch die Schranken des Verkehrs, einen Binnenmarkt, in dem man fünf Tage mit der Eisenbahn reisen kann, ohne durch Postschwierigkeiten oder irgendwelche Verkehrshindernisse behindert zu sein. Wir sehen, wie das ganze amerikanische Volk ausgezehrt ist durch ein hohes Reallohn, und wir sehen weiterhin, wie im amerikanischen Geschäft die Konsumkraft bis zu einem gewissen Grade künstlich dadurch gesteigert wird, daß das Abzahlungsgeschäft in einem Maße durchgeführt ist, von dem man sich bei uns überhaupt keine Vorstellung macht. Dazu kommt als Folge des Krieges ein ungeheurer Geldüberfluß, ein Geldüberfluß, der hellenweise so groß war, daß trotz eines Warenüberflusses die Waren teurer geworden sind, weil die Entwertung durch den Ueberfluß geringer war als die Entwertung durch den Ueberfluß. Und was die Verhältnisse in Amerika besonders auszeichnet, ist ein Geschäftsumsatz, auf den Herr Wieland noch hin hingewiesen hat: Amerika zeichnet sich aus durch einen Wirtschaftskreislauf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der in einer ganz anderen Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Wirtschaft begründet liegt, als es bei uns in Europa üblich ist.

Und wenn wir nun daran denken, daß diese Konstellation dieser amerikanischen Wirtschaft eben die Möglichkeit gibt, in eine große Massen- und Serienfabrikation einzutreten, so verstehen wir auch, daß schließlich am einzelnen Produkte der Lohnanteil ein geringerer ist als bei einer Fabrikation, die sich auf eine geringere Zahl von Einzelprodukten beschränkt.

Man muß an diese Dinge denken, wenn man von den Versuchen liest, die Erfahrungen der amerikanischen Wirtschaft auf die deutsche Wirtschaft und auf die europäische Wirtschaft anzuwenden, denn im Verlaufe dieser großen Krise, in der sich die europäische Wirtschaft befindet, in der sich auch England befindet, hat man die verschiebenerartigen Versuche gemacht, sich die Erfahrungen Amerikas für die europäische Wirtschaft nutzbar zu machen. Wir wissen, daß es eine Zeit gegeben hat, in der fast jeder kleine Junge auf der Straße von der „Einführung des laufenden Bandes“ in die industrielle Produktion in Deutschland gesprochen hat, in der man von der unbedenklichen Uebernahme amerikanischer Produktionsrichtungen das Allheilmittel auch für die deutsche Wirtschaft erblickte.

Wir wissen, daß es andern gegeben hat, die die Meinung zum Ausdruck gebracht haben, man müsse der Wirtschaft dadurch aufhelfen, daß man die innere Konsumkraft rücke, und die innere Konsumkraft rücke man, indem man die Wöhne und Gehälter erhöhe. Wir wissen, daß andere auf die Auslandskredite als Mittel, die europäische und deutsche Wirtschaft in Gang

zu bringen, starke Hoffnungen gesetzt haben. Und wir wissen auch, daß bei dieser Aufnahme von Auslandskrediten nicht immer das Maß eingehalten worden ist, das für die deutsche und europäische Wirtschaft erträglich war. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir noch heute an der übertriebenen Einfuhr leiden, die in letzter Linie technisch die Uebernahme der amerikanischen Kredite nach Europa bedeutet hat.

(Fortsetzung folgt.)

Karl Gebering.

Ein deutscher Staatsmann.

Dem nach sechsfähriger, fruchtbringender Tätigkeit aus dem Amte scheidenden preussischen Innenminister Karl Gebering sind nicht nur die eigenen Verdienste, die ihm parteiunabhängig als Republikaner nahe standen. In seinem inneren Amte hat er sich um alle Kreise des preussischen, und darüber hinaus des deutschen Volkes verdient gemacht, denen an einer tüchtigen Entwiklung unseres Staatslebens gelegen ist. Wir in Preußen vor Erhebungen, wie dem Feigen-Kurs in Sachsen oder dem System Raab, nebst den dazu gehörigen Anträgen und Budgeten bemerkt worden sind. Wir stark und fester Hand, dabei aber doch besonnen und vorichtig, hat Gebering es verstanden, Ruhe und Ordnung in Preußen aufrechtzuerhalten und allen putzistischen Gesellen der Rechts- und Linksabteilungen, an denen es in den letzten Jahren wahrlich nicht geistelt hat, wirksam entgegenzutreten. Der Wiederaufbau der preussischen Polizei zu einer wirksamen Schutzwehr gegen das politische, wie das gemeine Verbrechen, ist vor allem sein Wert.

Deshalb verfolgte ihn auch ein wahrhaft internationaler Haß aller diejenigen, die auf Umsturz der gegenwärtigen Staatsordnung sinnen. Die Angriffe und die Intrigen der Kommunisten wie der Rechten richteten sich in erster Linie gegen ihn. Die letzte Schmähoffensive der Rechten, die wiederum von Herrn Baumeister geleitet wurde, ist ja erst vor wenigen Wochen nämlich zusammengebrochen. Ohne diese heimtückische Intrige wäre Gebering schon früher aus dem Amte geschieden, da seine Gesundheit seit langem untergraben ist, und ein mehrmonatiger Urlaub ihm nicht die erhoffte Erholung gebracht hätte. Er wollte aber den Anstrengungen widerstehen, als führte er vor den Baumeister'schen Angriffen, und hatte deshalb auf seinem Posten aus. Jetzt aber verlangt die Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand geblieben eine längere, vollständige Ausspannung. Die geschäftlichen Anforderungen der Rechten sind es neben den großen Anforderungen des Amtes gewesen, die seine Kraft gebrochen haben. So ist auch ein Mitarbeiter der Republik, wenn sein Schicksal auch nicht so hart war, wie das Gebirg, Rathmann oder Erbergers.

Karl Gebering ist neben Friedrich Gebert die beste Vorbereitung des aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen preussischen Staatsmannes. Am 1. Juni 1875 in Berlin in Westfalen geboren, hat er nur die Volksschule und die Fortbildungsschule besucht und später das Schlosserhandwerk erlernt. 1901 wurde er Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im nächsten Jahre Uebernahm er die Redaktion der „Bielefelder Volkswacht“. In den unruhigen Jahren 1919 und 1920 beehrte er sich als Reichstagsmitglied in Westfalen und übernahm nach dem Kampfbuch das preussische Innenministerium, das er leidend, mit halbjähriger Unterbrechung, innehatte. Mit seiner Person liefert er den Beweis, welche staatsmännlichen Fähigkeiten und Kräfte in der Arbeiterbewegung ruhen, Kräfte, die nur durch die Demokratie für das Wohl der Gesamtheit mobilisiert und nutzbar gemacht werden können.

Der Deutsche Bauernbund und Dr. Böhme

Wir hatten angeknüpft, daß wir zu dem Ausscheiden des Herrn Dr. Böhme aus dem Deutschen Bauernbund Stellung nehmen werden. Das ist unterblieben aus ganz bestimmten Gründen. Wir sind nun wiederholt in dieser Sache befragt worden und haben auch verschiedene Zuschriften erhalten, auf die wir bisher noch nicht eingegangen sind. Wir glauben aber eine Zuschrift veröffentlichen zu sollen, weil der Verlaßer in früheren Jahren sehr rühmlich für den Bauernbund tätig war. Dieser demokratische Bauernbündler schreibt:

Der bisherige Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bauernbundes hat sein Amt niedergelegt und wie in der Öffentlichkeit bekannt wurde, aus Gesundheitsrücksichten. Diese Begründung wird nur zum Teil richtig sein. In der Hauptsache scheint der Rücktritt doch eine Folge des Anstreiches Dr. Böhmes aus der Deutschen Demokratischen Partei zu sein. Die Deutsche Demokratische Partei hat fast stets willfährig erwiesen, wenn es sich darum gehandelt hat, den mittleren und kleinen Bauern zu helfen, also den Krisen, um die Herr Dr. Böhme von der Volkspartei Unterstützung hat Herr Dr. Böhme von der Volkspartei nicht erhalten. Der Vorsitzende des Reichslandbundes Herr Herrmann hat sich erlassen habe, auf seine Forderung einen sehr großen Einfluß ausübten. Herr Dr. Böhme hat doch noch in der Deutschen Volkspartei nicht die Rolle spielen können, die ihm die Deutsche Demokratische Partei eingeräumt hatte. Diese Auffassung haben viele Kreise des Deutschen Bauernbundes und wenn man den Geschehnisse

Staatspräsident a. D. Dr. Hummel M. D. R. spricht am Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der Freundschaft.

des Deutschen Bauernbundes für Dr. Böhme aufmerksam durchführt, findet man diese Auffassung auch bestätigt. Nicht die Deutsche Demokratische Partei hat Herrn Dr. Böhme den Stuhl vor die Tür gesetzt, sondern Böhme hat umgekehrt geglaubt, daß sein Anschlag an die Deutsche Volkspartei ihm ein höheres Reichstagsmandat bringen wird. In dieser Annahme hat sich Herr Dr. Böhme bitter getäuscht. Er hat nun nicht, was richtig gewesen wäre, sich sachlich zu den wirtschaftlichen Fragen gewandt, und da, wo die Volkspartei verlangte, Kritik geübt, nein, er hat es als seine Aufgabe angesehen, bei allen Gelegenheiten gegen die angeblich demokratische Großstadtstellung gegen die demokratische Partei zu nehmen. Wer die Zeitschrift der „Deutsche Bauernbund“ aufmerksam verfolgt hat, wird sich gut erinnern können, mit welcher scharfen Spitze sich Herr Böhme gegen die Demokraten und gegen die angeblich demokratische Großstadtstellung gewandt hat. Herr Böhme wußte, daß auf diese Weise, trotzdem hat er durch seine Reden und Artikel den Anschlag erwidert, als wenn die Ausführungen großer demokratischer Berliner Blätter reiflos die Meinung der demokratischen Parteileitung wiedergäbe. Ich möchte weiter sagen, daß Herr Dr. Böhme nunmehr in seinem Kampf gegen die Demokratie sich weiter sehr verirrte und daß jeder, der ihn kannte, zu dem Ergebnis kommen mußte, daß Herr Dr. Böhme sich recht bald abwickeln wird. Das ist nunmehr eingetreten. Persönlich bedauere ich, daß Herr Dr. Böhme sich nun so plötzlich in der Verfertigung vermindert. Er war ein geborener Agitator für den Deutschen Bauernbund. Vieles hat er mit Hilfe der Demokraten erreicht, vieles konnte er mit den Demokraten bestätigen, wenn er etwas höher und überlegter behandelt hätte. Für uns Bauernbündler entsteht nun die Frage, was soll aus dem Deutschen Bauernbund nach dem Austritt von Dr. Böhme werden. Die Politik von Herrn Dr. Böhme und die Art,

wie er den Bauernbund festzuhalten verstanden hat, hat den Deutschen Bauernbund in den letzten Monaten in eine schwere Krise hineingeführt. Die Organisation hat unendlich gelitten. Sie wird nur in Stand zu setzen sein, wenn nunmehr alle überzeugten Demokraten im Deutschen Bauernbund wieder kräftig mitarbeiten und wenn der Deutsche Bauernbund sich als solcher von rechts loslöst und wirklich parteipolitisch unabhängig seine Ziele verfolgt. Dabei muß die Leitung des Bauernbundes größten Wert auf Objektivität legen, jedenfalls gegenüber den Parteien, von denen man die notwendige parlamentarische Unterstützung bedarf. Nur so wird es möglich sein, wieder lebhafter und begeisterter sich für den Bauernbund einzusetzen und ihn vorwärts zu treiben. Jeder kleine und mittlere Landwirt in der Provinz Sachsen wird zum Deutschen Bauernbund wieder Zuertrauen gewinnen, wenn er weiß, daß diese Organisation in keiner Weise von rechts abhängig ist.

ist auch noch unvergessen, daß der deutschnationale Finanzminister von Schlieben die Steuerermäßigungsanträge der Deutschen Demokratischen Partei abgelehnt hat. U. a. hatten die Demokraten damals schon beantragt, die allgemeine Umlaststeuer herabzusetzen und die Luxussteuer zu streichen. Die freien Berufe und Handelsvertreter sollten von der Umlaststeuer ganz befreit werden. Dieser Antrag erhielt durch Ueberweisung an den Steuerausschuß ein günstigeres Begründnis. Der Antrag, die Luxussteuer aufzuheben, wurde abgelehnt und ebenso wurde ein zweiter Antrag abgelehnt, nachdem die Luxussteuer wenigstens auf 5 Prozent herabgesetzt werden sollte. Erst als die damaligen Regierungsparteien die Zollerhöhungen bewilligt hatten, wurde die Umlaststeuer auf 1 Prozent herabgesetzt. Daß die Deutschnationalen jetzt auch das Steuerermäßigungsprogramm für sich in Anspruch nehmen, ist denn doch eine zu plumpe Spekulation auf die Bergeshöhe der Wähler.

Aus Parlamenten und Parteien
Gegen deutschnationale Demagogie.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Oberjochten hat auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Köln die Behauptung aufgestellt, daß der Gesichtspunkt der Steuerermäßigung nicht etwa von dem demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reichshold erfunden sei, im Gegenteil, er sei schaffener in die Tat umgesetzt worden. Die Deutschnationalen rechnen anscheinend mit dem nächsten Gedächtnis der Steuerzahler. Es ist aber unvernünftig, daß seinerzeit viele Millionen Steuern zu viel aus der deutschen Wirtschaft herausgepreßt worden sind. Bei Fortsetzung dieser wirtschaftsfeindlichen Steuerpolitik würde ein Zusammenbruch des Wirtschaftslebens unermesslich gewesen. Schließlich

Eine neue Zeitung für Bauern und Kleinbauern.
In der Stadtregierung haben sich in fast allen Gebieten des Reiches auch die Bauern und Kleinbauern an besonderen Berufsverbänden zusammengeschlossen. Im Gegensatz zum Reichslandbund bekennen sich die meisten dieser bäuerlichen Verbände offen zur republikanischen Staatsform. Sie kämpfen vor allem darum, daß die deutsche Agrarpolitik endlich auch auf die Belange und Bedürfnisse des Bauernstandes, der Mehrheit der deutschen Landwirtschaft eingestellt wird. Das ist dringend notwendig, weil bis in die Gegenwart hinein fast nur die Ansprüche des reaktionären Großagrariertums und die Tendenzen konservativer Standespolitik den Ausschlag gaben. Die Mehrzahl dieser neuen fortschrittlichen Bauernverbände hat sich zusammengeschlossen und sich eine eigene,

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Mitglieder
des
Konsum-Vereins
decken ihren Winterbedarf
nur im eigenen Geschäft
Jakobstraße 42.
Wir bringen eine große Auswahl in
Damen-Mänteln mit Pelz von **22.50** an
Backfisch-Mänteln von **18.50** an
Frauen-Mänteln in allen Weiten von **27.00** an
Strickjacken reiche Auswahl **17.00**
Velour de laine von **5.00** an
Ottomane in vielen Farben von **9.50** an

Möbel
Schrinke v. 60.- an
Vertiko v. 75.- an
Auszug v. 45.- an
Stuhlem. R. v. 7.- a
Sofa v. 100.- an
Bücherdruck. 50.- an
Schreibt. v. 50.- an
Pflz.-Tische v. 50.- an
Bürett v. 175.- an
Anrichte v. 100.- an
Gr.-Auszug v. 60.- an
Chaiselong. v. 30.- an
Bettstellen v. 120.- an
Stahlboden v. 1.- an
Stell.-Anlg. v. 20.- an
Wasch. m. Mv. 30.- an
Garderob. v. 35.- an
Möbel-Speicher
Jakobstraße 49

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“
Bes. Ad. Lührnagel.
Fachmännische Ausbildung von
Kraftwagenführern
in der staatl. konz. Privat-
Auto-Schule BUSCH,
Prälantenstraße 32. — Fernruf 1122.
Prosp. frel. Erleicht. Zahlungsbed. Eintr. täglich.
Wichtigste Bezugsquelle
für **Schuhwaren**
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Werbt
neue
Abonnenten!

Pelz-
Jacke M. 75
Mantel M. 100
natur Skunks-Krg. M. 50
Herren-Sport-Pelz M. 90
die
praktische große Mode!

Elektrik-Hut modern Mk. 10.00
Elektrik-Hut gute Ware, sehr schön 12.50
Elektrik-Hut feine Form, für Subjektiv 15.00
Mauiwurf-Hüte Mk. 20.00 und höher.
Sternau
Alter Markt 32 (Über Toepfer)
Eigene Werkstätten.

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammtisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Denken Sie daran
Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Achtung! **Wirte!**
Das Gebot der Stunde ist die
Desinfection
von jeglichem Glas und Geschirr.
Das einzigste im Handel befindliche
Spezial-Präparat ist
Dimitrix
Bestellen Sie sofort 1 Flasche für
7.50 Mk. (Inhalt ca. 500 Gramm)
per Nachnahme. Prosp. gratis!
Martin Heile, Bremen,
Wilhelmstraße 3.
(Bei Gastwirtschaften u. Hotels
gut eingeführte Vertreter gesucht).

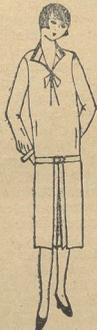
Wir fertigen
Druck-
sachen
für jeden Bedarf
schnellstens an
Buchdruckerei
Hugo Alders,
Dellitzsch-
Feldstr. 466.

Stärkt die Demokratie!
Wer dem Vaterlande nützen will,
für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt,
der reicht zur gemeinsamen Arbeit
allen Gleichgesinnten die Hand.
Zur Aufnahme meldet sich:
Name:
Vorname:
Beruf:
Wohnort:
Straße: Nr.
Bemerkungen:
Ausgefüllt einzusenden an die
Deutsche Demokratische Partei
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße 21;
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

Und wieder ein günstiges Angebot

aus unserer umfangreichen Abteilung

Damen - Konfektion



Kleid
laut Bild
aus reißellosem
Ries, Feinmer-
tur im Rock,
bretlers vorzie-
helt
15⁷⁵
M.



Kleid
laut Bild
aus gutem Rip-
popeline, Rock
mit reich, Fein-
gemüt u. fehr-
gezielt
19⁷⁵
M.



Mantel
laut Bild
aus feinem
Glor, mit fei-
licher Knopfm-
nitar und We-
delap
24⁵⁰
M.



Kleid
laut Bild
aus reißellosem
gutem Rip, mit
reinem, germin-
am Rock, hü-
b- (de Blainform)
24⁵⁰
M.



Kleid
laut Bild
in selben Farben
aus gutem Rip-
rip mit Chere-
de chine-Kroge-
und Einlap
29⁵⁰
M.

Lange & Münzer

Breiteweg
Nr. 51/52

politisch unabhängige Spitzenorganisation im Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, (Berlin N. 24, Monbijou-Platz 3) geschaffen. Im Verlage dieses Verbandes erscheint ab 1. Oktober dieses Jahres als neue agrarpolitische Wochenchrift die „Deutsche Bauernzeitung“. Sie wird den einheitlichen Zusammenfluß und das Zusammenwirken der provinziellen und einzelstaatlichen Bauern- und Kleinbauernverbände fördern und einer zielbewußten bäuerlichen Berufs- und Standesvertretung dienen. Durch dieses Organ sollen auch die Deffentlichkeit, die politischen Parteien und die Regierungen über die immer weiter- und tiefgreifende neudeutsche Bauernbewegung unterrichtet werden. Als Schriftleiter zeichnet Paul Hilmann, der als Hauptgeschäftsführer des Schließlichen Bauernbundes Befestliches für die neue Bauernbewegung geleistet hat.

Die Folgen der Schließlichen Finanzpolitik.

Auf der Harzburger Hotelbesitzertagung nahm der Präsident des Reichsverbandes der Hotelbesitzer, der Deutsch-hannoverische Reichstagsabgeordnete Nolte aus Hannover u. a. auch zu den Steuerfragen Stellung. Es war sehr interessant, von ihm zu hören, daß er erklärte: „Wenn die erhoffte Atempause ausgeblieben sei, so sei das lediglich auf die fallche Finanzpolitik des Reiches zurückzuführen.“ Herr Nolte hätte nun weiter gut getan, hinzuzufügen, was er jedenfalls vorgehen hat, daß er selbst diese Finanzpolitik als Vertreter der Wirtschaftspartei und der damit verbundenen Deutsch-hannoveraner mitgemacht hat. Die Vorwürfe, die er hier erhebt, mißte er selbst eigentlich gegen seine Partei und gegen sich selbst richten.

Einführung der Volksschullehrer.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Herrmann Breslau hat an das Staatsministerium nachstehende kleine Anfrage gerichtet:

„Die am Jahresbeginn 1926 seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorgenommene statistische Erhebung über die Einführung der Volksschullehrerschaft in den Geschlechtsgruppen 1, 2 und 3 ergab eine rund 8000 Volksschullehrer betreffende ungünstige und gleichwichtige Einführung. Es ist daraufhin durch Verfügung des Aufstufungsalter für die nach Gruppe 2 einzustufenden Lehrer um ein Jahr zurückgestellt worden, ob

1. sich nunmehr die Zahl der in den Gruppen 1, 2 und 3 eingestufenen Lehrer mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang befindet.
2. eine weitere Herabsetzung des Aufstufungsalters erforderlich und beabsichtigt ist.“

Eine Krankenfürsorgekasse der Deutschen Reichspost.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ist das Reichspostministerium zur Zeit mit Vorkarbeiten beschäftigt, die die Schaffung einer Krankenfürsorgekasse für die Beamten der Reichspost zum Ziele haben. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Einrichtung dieser geplanten Krankenfürsorgekasse kann jedoch noch nicht angegeben werden, da vorher Verhandlungen grundsätzlicher Art mit dem Reichsfinanzministerium, mit dem Verwaltungsrat

der Reichspost und den Beamtenorganisationen geführt werden müssen.

D. D. P.
Magdeburg

Demokraten!

befucht den Stammtisch.

Jeden Dienstag ab 8 Uhr „Hotel Weißer Bär“.

Fanatiker!

Der Handlungsgehilfe Schneider aus Friedenau, welcher auf offener Straße die Reichsflaggen mit lauten Schmähdreien beschimpft hatte, ist von dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Bayerisches!

Weber eine Tagung des bayerischen Heimat- und Königsbundes in Kößling, bei der wieder einmal auch der ehemalige Kronprinz Rupprecht anwesend war, schreibt der Bauernbundführer Kähler in Landau unter der Ueberschrift „Monarchistische Verblödung in Bayern“. Nachdem dann Seiner Königlichen Hoheit die Liebe des Volkes auf Kommando demonstriert worden war, wurde von der Versammlung gemeinsam geschnupft, wobei sich Serenifimus aus einem ihm gereichten Schmalzterglas allerhöchst zu beteiligen genötigt.

So was kann nur in Bayern vorkommen!

Vor dem Regensburger Gericht hatten sich dieser Tage der Bürgermeister und der Kassierer eines bayerischen Dorfes wegen schwerer Unterschlagung und Falschens jeder Buchführung zu verantworten. Sie wurden jedoch unter großer Heiterkeit der Zuhörer wegen „grenzenloser Dummheit“ freigesprochen.

Arbeitslosigkeit und Damesplan.

Welchen Einfluß haben die Dameszahlungen auf die deutsche Wirtschaftskrise und die deutsche Arbeitslosigkeit? In einer Verammlung des Gemeindefratsringes in Stolp in Pommern hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Gerstenberg vor einigen Tagen diese Fragen zu beantworten versucht.

Entsprechend den bekannten Anschauungen des englischen Volkswirtschaftlers Professor Keynes ist Erlezung der Meinung, daß es, wirtschaftlich gesehen, wenig Unterschied macht, ob wir an die ehemaligen Kriegsgegner Geldleistungen oder Sachleistungen abführen. Der Unterschied ist höchstens ein Währungspolitischer. Ein wenn in einem andern Falle müßten wir beträchtliche Leistungen bringen, ohne dafür Gegenleistungen zu erhalten. Die Leistungen Deutschlands auf Grund des Damesplans betragen für das dritte Reparationsjahr bis zum 1. September 1927 rund 1,8 Milliarden Mark, einschließlich der Leistungen aus dem sogenannten „kleinen Besserungsschein.“

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag ab 3^{1/2} Uhr

Kaffee-Konzert

mit
Kleinkunst-Bühne.

Parkrestaurant Vogelgesang

berühmt durch seine alten Baum-
bestand und durch seine wunderbaren
Rosen- und Dahlien-Anlagen, die be-
deutendsten der Provinz.

Sonntags:

Gesellschafts-Ball.

Salzquelle

Jeden Sonntag:

Konzert

Anfängend
Tanzkränzchen.

Kaufe

im
Konsum-Berein!

Wenn man von der Annahme ausgeht, daß eine durchschnittliche Arbeitstrakt jährlich 2000 Mark verdienen muß, und daß auf den Kopf jedes Arbeiters weitere 2 000 Mark für Material und sonstige Unkosten entfallen, dann bedeu- ten die erwähnten Zahlungen, daß für die Arbeitslosigkeit von etwa 450 000 Arbeitern die entsprechenden Gegenleistungen erhält und infolgedessen die entsprechende Anzahl Arbeiter weniger beschäftigen kann. In runden Ziffern kann man also sagen, daß durch die Dameszahlungen 450 000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos sein werden, das heißt ein Viertel der augenblicklichen Arbeitslosenziffer. Nun aber entstehen aus dieser Lastade weitere Befahrungen. Wenn man die Erwerbslosenunterstützungen dieser 450 000 Arbeitslosen nur mit 500 Mark im Jahr einseht, dann wird an diese 450 000 Arbeitslosen an Erwerbslosenunterstützungen ein Betrag von etwa 225 Millionen Mark ausgezahlt. Damit steigt die direkte und indirekte Dameslast auf über zwei Milliarden. Wenn diese Zusammenhänge zurzeit nicht ganz klar erscheinen, so liegt das daran, daß die sorgfältig nach Deutschland einfließenden Auslandskredite zurzeit eine Geldfülle vor-tauschen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

Börsliche Verleumdung.

Redakteur Weiß vom „Käuflichen Beobachter“ hatte sich vor dem Schöffengericht in Worms wegen Verbreitung einer unwahren Behauptung zu verantworten. Er hatte in dem Blatt einem ihm aus Worms zugegangenen Bericht Raum gegeben, in dem behauptet worden war, daß der in Worms anfallige jüdische Kaufmann Goldschmeier die Kommunisten zur Störung einer sozialistischen Versammlung aufgehetzt habe. Die Verhandlung ergab die vollständige Unwahrheit dieser Behauptung. Unter Rücksichtnahme auf die Verhältnisse des Weiß wurde der Beklagte zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt und dem Kläger das Publikationsrecht in den Wormser Blättern zugesprochen.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Wäns, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Wepers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Werbung neuer Mitglieder und Verbreitung unserer Wochenchrift

ist die beste
und nachhaltigste Unterstützung
der Partei.

Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breiteweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

Sprechende Zahlen.

Ein Beitrag zu der Debatte über das kommende Reichsschulgesetz.

Von Dr. Bohner, Oberstudiendirektor, Mitglied des Landtages.

Dem „Berliner Tageblatt“ Nr. 447 vom Mittwoch, den 22. September entnommen.

Im Gegensatz zur Volksschule ist das preussische höhere Schulwesen von konfessioneller Gliederung bis auf wenige Ausnahmen frei und rein paritätisch aufgebaut. Der Uebergang erfolgte am 16. September 1869 durch einen Beschluß des Landtages, daß in der Nachweisung der höheren Schulen im Staatsausbau die Beschreibungen evangelisch und katholisch künftig weggelassen werden sollten. Das Aufgeben des konfessionellen Charakters wurde seitdem für die Gewährung von Staatszuschüssen zur Bedingung gemacht. Gründe für den Uebergang waren zunächst staatsrechtliche Erwägungen. Man ist heute in keiner Weise den sogenannten historischen Standpunkt des Kultusministeriums, daß alle im Reformationszeitalter vorhandenen höheren Schulen als evangelisch oder katholisch angesehen werden, bekümmert und auf das allgemeine Landrecht hingewiesen, nach dem die Religion in den höheren Schulen konfessionell gelehrt werden mußte, die Wissenschaft aber nicht konfessionell gelehrt werden durfte und der Staatsausfall zur Pflicht gemacht war, darüber zu wachen. Mehr noch aber hatten praktische Ueberlegungen dazu geführt. Von rund 400 öffentlichen Schulen waren kaum noch 10 von Schülern nur eines Bekenntnisses besetzt. Das katholische Gymnasium Braunsberg hatte 1889 106 evangelische, 201 katholische Schüler bei rein katholischen Kollegien, das in Sagan 90 evangelische gegen 54 katholische, ebenfalls bei rein katholischen Kollegien. Umgekehrt unterrichteten rein evangelische Kollegien am stiftungsgemäß evangelischen Gymnasium in Ratibor 45 evangelische und 347 katholische Schüler, am evangelischen Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Köln 169 evangelische gegen 190 katholische. Auch von katholischer Seite ist anzuerkennen worden, daß bei solchen Zahlen die Simultanaufrechterhaltung des höheren Schulwesens die einzige Lösung ist, die niemand verweigert.

Uebrigens wird dabei geflissentlich, daß auch bei der Volksschule ähnliche Zahlen nachzuweisen sind. Die „Allgemeine deutsche Lehrzeitung“ weist mit Recht auf die preussische Schulkonfession von 1906 hin, neuere Zahlen stehen noch nicht zur Verfügung, waren aber nur noch unbedeutender. Hier werden einzeln die Schulen aufgeführt, in denen eine Ueberzahl mehr als 120 Schüler zu unterrichten hatte. Das war damals möglich, immerhin schlug dem Staat schon das Gewissen, und man verlangte die Schulen weniger in der Statistik an. Da findet man nun evangelische, antich evangelische Schulen, in denen gegenüberstehen

- 23 evangelische Schulfinder 137 katholischen,
- 25 evangelische Schulfinder 106 katholischen,
- 38 evangelische Schulfinder 96 katholischen,
- 47 evangelische Schulfinder 76 katholischen,
- 51 evangelische Schulfinder 98 katholischen,
- 53 evangelische Schulfinder 82 katholischen,

u. s. w. Es findet sich auch eine katholische Schule mit 50 evangelischen Schülern bei 80 katholischen. Die Statistik führt weiter die Schulen einzeln auf, in denen ein Lehrer weniger als 20 Kinder zu unterrichten hat. Auch da finden wir antich evangelische Schulen mit 3 evangelischen gegen 14 und 15 katholische Schüler oder katholische Schulen mit 9 evangelischen und 6 katholische Schülern. Es ist klar, daß diese Statistik nur ein ganz geringes Teil der preussischen Volksschulen überhaupt erfährt. Wie mag es z. B. in den Schulen mit über 20 Schülern ausgefallen haben, die doch die anderen an Zahl weit übertrafen? Wie in den Halbtags- und mehrtägigen Schulen?

Die Freunde der konfessionellen Schule wünschen, daß das kommende Reichsschulgesetz bestehende „evangelische“ und „katholische“ Schulen als solche anerkenne. Angesehen von dem Unterschied zwischen einer Schule, deren Wesenstypus durch den vom Staat eingelegten und nur ihm verantwortlichen Lehrer mit bestimmter Bekenntniszugehörigkeit besteht, und einer Schule, die den „Geist des Bekenntnisses“ tragen soll, wird man angesichts solcher Zahlen sehr zu prüfen haben, ob nicht eine solche Anerkennung die Wege waltig und erheblicher Minderheiten bedeuten würde und ob nicht das Ausgehen von der Gemeinschaftsschule zuletzt den wahren Schutz der Gewissensfreiheit bedeutet.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Gesellschaftsführender Ausschuss). Sitzung am Montag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammlich). Dienstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtisch zu beteiligen.

Sitzung des Vorstandes des Bezirksverbandes, Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6.

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet am kommenden Sonntag den 10. Oktober vorm. 11 Uhr in

Der Reichsführertag der Demokratischen Jugend.

Bamberg, den 4. Okt. 26.

Der vom Reichsband Deutscher Demokratischer Jugend in Bamberg abgehaltene Reichsführertag war von Mitgliedern und eingeladenen Gästen aus dem gesamten Reich außergewöhnlich stark besucht. Der Samstag nachmittag wurde nach Eröffnung der Tagung durch den ersten Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Jugend Lemmer, M. d. R., durch Beratungen bundespolitischer und organisatorischer Art ausgefüllt. In zahlreichen Referaten und Diskussionsreden wurde die jungdemokratische Arbeit des kommenden Winters besprochen, aus der die Pläne einer jungdemokratischen Reichsschulungswoche, einer Jugend-Werbewoche und des jungdemokratischen Jugendtages zu Pfingsten 1927 in Heidelberg hervorgehen sind. In einer großartigen öffentlichen Kundgebung sprachen Oberbürgermeister Duppel-Münzberg, Reichstagsabgeordneter Haas-Karlsruhe und der bayerische Jungdemokratienführer Stüdtgen-Münzberg. Dr. Haas sagte u. a.: „Es gibt keine nationale Größe ohne starke Zentralgewalt des Reiches. Eine Quelle deutscher Schwäche ist stets der partikuläristische Geismus deutscher Dynastien gewesen. Deshalb ist der deutsche Einheitsakt unser Ziel. Das Reich über den Ländern! Das Reich über alles! Die Ziele der Jugend müssen in der Zukunft des Vaterlandes liegen. Eine Jugend, die ihre Ziele in der Vergangenheit sucht, ist keine wahre Jugend.“

Die Haupttagung fand unter dem Sammeltitel „Demokratie, Liberalismus und die politischen Probleme der Gegenwart.“ Zunächst sprach der Jungdemokrat Ernst Schein-Berlin über „Die historische Entwicklung des demokratischen und liberalen Gedankens.“

Heute ist der alte Liberalismus tot, doch seine Grundgedanken: Freiheit und Fortschritt, und das Bewußtsein des Wertes der Persönlichkeit haben auch heute ihre Gültigkeit.

Sodann sprach Dr. Julie Meyer-Münzberg über „Die gesellschaftlichen Grundlagen des Liberalismus und der Demokratie.“ Der Liberalismus ist entstanden mit dem Emportreiben des städtischen Bürgertums. Die Grundimmung des Liberalismus ist das starke Selbstgefühl des alten Bürgertums, ein starkes Gefühl für den Wert der eigenen Persönlichkeit. Heute gibt es keinen gescheiterten Stand des Bürgertums mehr. An die Stelle des Standes sind die Klassen getreten, das sind Gruppen von Menschen gleicher Interessenlage: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die städtische Kultur wird nicht mehr von den alten Schichten getragen, sondern das Proletariat drückt ihr den Stempel auf.

der „Freundschaft“ eine politische Aussprache, zu der die Leiter unseres Blattes freundlichst eingeladen sind.

D. D. P. Magdeburg. Zur gefl. Beachtung. Der Mitgliedsbeitrag für das III. Quartal ist fällig und wird nunmehr durch unseren Kassendaten eingezogen. Rück-

D. D. P.
Magdeburg



Aussprache
der
demokratischen
Wähler
über

Die wirtschaftliche u. politische Lage
am
Sonntag, den 10. Oktober,
mittags 10 Uhr
in der
„Freundschaft“

Das letzte Referat hielt der gesellschaftsführende Bundesvorsitzende der Demokratischen Jugend, Hans-Werner Gehring, Berlin, über das Thema „Demokratie, Liberalismus und das deutsche Staatsproblem.“ Der Redner führte u. a. aus: „Nicht unpolitisch aber unaktiv und unbefangenen soll unsere jungdemokratische Tagung das Ausprechen, was die Jugend für wahr und würdevollenswert hält. Noch immer ist die deutsche Republik nicht Erfüllung, sondern Aufgabe. Es geht nicht an, die Anerkennung der Formen, Repräsentanten und Hoheitszeichen des Staates durch immer weitere Kreise als in Uebereinstimmung anzusehen mit Gemühtung und Liebe zu diesem Staate. Wir bekämpfen einen bloßen Konjunktur-Republikanismus, wir sind misstrauisch gegenüber den nur tatsächlichen Demokraten der politischen Rechten, wir wollen nicht die Stabilisierung der Republik unter großagrarischer Vorherrschaft; wir erstreben den sozialen Volksstaat, der dem Bürgertum und Proletariat in verantwortlicher Zusammenarbeit zu gleichen Teilen getragen sein muß. Wenn die sozialistische Jugend mehr sein will, als eine akademische Gemeinschaft von mehr oder weniger geistvollen Gesellschaftskritikern, so sollte sie nicht die Hand ausschlagen, welche die ehrlieh sozial und republikanisch gesinnte, bürgerliche Jugend ihr entgegenzustrecken bereit ist. Dabei wünscht niemand eine Verwischung der Gegensätze. Die Kräfte der Jugend drängen vorwärts und lassen sich nicht beirren. Die Jugend soll nur ihr eigenes Leben leben und ihre Kämpfe kämpfen. Das Leben und der Kampf der Jugend in der Politik bedeuten das Leben und die Kämpfe der deutschen Zukunft.“

Im Anschluß an eine Aussprache hielt der Leiter der Tagung, Abgeordneter Lemmer, unter großem allgemeinem Beifall eine programmatische Schlussansprache, in der er die aktuellen und grundsätzlichen Ziele der jungdemokratischen Bewegung formuliert. Seine Ansprache stieg aus in ein begeistertes Bekenntnis zum politischen Geist von Weimarer und für die fruchtbarere Zusammenarbeit aller derjenigen politischen Kräfte, die in schmerzlicher Notzeit der deutschen Republik das Weimarer Verfassungswerk geschaffen haben. Das politische Bekenntnis der Jungdemokraten, das sich auf dieser Tagung wie noch nie zuvor in großer Geschlossenheit gezeigt hat, wurde in einer Willenskundgebung mißverleget, in der es heißt:

„Innerhalb der jetzt voreilich stark in Flug kommenden Bewegung der überparteilichen republikanischen Zusammenarbeit will die demokratische Jugend daran mitwirken, durch die Schaffung eines festen Blocks der Republikaner eine konsequente und kontinuierliche republikanische Politik zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die republikanische Jugend aller Richtungen auf dem Wege zu diesem Ziel den Parteien und Parlamenten vorangehen wird.“

stände werden bei dieser Gelegenheit nachsichtigt. Wer in der Lage ist, über den Mindestbeitrag zu verfügen, bitten wir darum. Die geleisteten Zahlungen erlösen wir eigenhändig in die Kassierereile einzutragen. Wirtschaftlich Schwache sehen die Höhe des Beitrages selbst fest. Alle Freunde, die wir durch besonderen Brief, am Einberufung der rückständigen Beiträge ersuchten, erinnern wir hiermit nochmals an ihre Beitragspflicht.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Veranlassungen der D. D. P. zu bejahren und der Partei neue Mitglieder zuzuführen.

Magdeburg, Deutsche Demokratische Jugend, Sonntag, den 10. Oktober 1926, morgens 11 Uhr in der „Freundschaft“ Parteiverammlung. (Redner: Herr Staatspr. a. D. Dr. Hummel.)

Freitag, den 15. Oktober 1926, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgerhäusern: Diskussionsabend. (Herr Rechtsanwalt Dr. Wernke.)

Freitag, den 22. Oktober 1926, abends 8 Uhr im Frantz-Jugendheim: Vom deutschen Rhein und der „Gejole“. (Redn.: Fräulein E. Went.)

Freitag, den 29. Oktober 1926, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgerhäusern: Neue Wirtschaft. (Redner: Herr Ing. Lampe.) — Zu diesen Veranstaltungen ist die demokratisch gesinnte Jugend freundlichst eingeladen.

Landgerichtsdirektor Hoffmann suspendiert. Der Magdeburger Landgerichtsdirektor Hoffmann, gegen den im Zusammenhang mit der Köllingaffäre ein Verfahren beim Disziplinar-Senat des Oberlandesgerichts in Naumburg schwebt, ist durch Beschluß des Senats vom 28. September vom Amte suspendiert worden. Es handelt sich um einen vorläufigen Beschluß des Senates, die Untersuchung gegen Landgerichtsdirektor Hoffmann geht weiter.

Herr Hoffmann hatte wieder den Vorsitz der Strafammer 1 übernommen, so daß die Gehör nahe lag, Richter in eigener Sache zu werden. Dieser Vorgriff gab der demokratische Abg. Dr. Bohner in einem Schreiben an den Justizminister Am Jahnshoff Ausdruck. Das Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr Minister!
Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich zum zweiten Male in der Sache Schröder mich an Sie wende. Ich bin Ihrer dauernden Aufmerksamkeit für Magdeburg gewiß und bin auch überzeugt, daß Sie selber schon das hier Mitgeteilte kennen. Dennoch möchte ich als Abgeordneter auf die Gefahren hinweisen, die daraus ents-

haben, daß den Vorsitz in der Kassenkammer 1 zuerst Landgerichtsdirektor Hoffmann führt, den nun Schröder in gewisser Sinne unterstellt ist. Man erzählt in Magdeburg, daß Schröder nach wie vor Bürgen-Gemeinde erfinde, denn Herr Hoffmann über sie zu entscheiden hat, so muß man sich erinnern, daß der Ältere Schröder vorher bei Herrn Hoffmann Glauben gefunden hat und daß jetzt Herr Hoffmann Richter in eigener Sache dabei wird. Falls das Verhalten Herrn Hoffmanns dem Disziplinaramt nicht eine Suspension nahelegen sollte, so bitte ich dringend zu erwägen, ob nicht eine Beurlaubung Hoffmanns von der Not geboten ist.

Ich nehme Anlaß zu.

Dr. Bohner, W. d. B.

Auf dieses Schreiben erhielt Dr. Bohner folgende Antwort:

Auf Ihr gef. Schreiben vom 27. September teile ich Ihnen ergeben mit, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann auf Befehl des Disziplinaramts in Naumburg vom 28. September vorläufig vom Amte entbunden ist.

Am Jahnhoff.

Die Suspension des Landgerichtsdirektors zeigt, daß die Meinung der Justiz von den Schäden, die der Magdeburger Prozeß zutage gefördert hat, mit Ernst in Angriff genommen wird. Solche Suspension, wenn auch noch keine Entsetzung, bedeutet immerhin, daß der Disziplinar-Senat das Dienstvergehen des Landgerichtsdirektors Hoffmann als ein schweres ansieht. Denn das ist nach dem preussischen Gesetz über die Dienstvergehen der Richter die Voraussetzung einer vorläufigen Suspension eines angeklagten Richters vom Amte.

Die Demokraten zur Gewerbesteuer.

In der Nr. 39 vom 25. September d. J. wiesen wir darauf hin, daß Herr Stadtverordneter Schüler sich um Magistrat Auskunft erbat über die Auswirkung der Gewerbesteuer in den Steuerjahren 1925 und 1926 und daß Herr Schüler den Magistrat interpellieren wollte. Die Angelegenheit mußte vertagt werden, weil der Finanzdezernent Bürgermeister Paul als auch der Steuerdezernent Stadtrat Jünkerling nicht anwesend waren. Die Demokraten ließen durch ihren Sprecher erklären, daß sie in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Anträge vorlegen werden. Die Fraktion hat einen Antrag nunmehr eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

1. Wiedererschlagung derjenigen Steuerbeträge der Gewerbesteuer und zwar pro rata, die in der Gesamtheit das Einkommen gegenüber dem Voranschlag überschreiten.
2. Wiedererschlagung derjenigen Steuerbeträge, die als Schuldzinsen, Mieten und Pachtungsgelder veranlagt worden sind und zwar auf Antrag des veranlagten Steuerzahlers.
3. Weitergehende Anwendung des Härteparagrafen betr. Wiedererschlagung oder Ermäßigung der Steuerumlage unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Lage und zwar nur auf Antrag des veranlagten Steuerzahlers.
4. Weitergehende Zahlungsforderung unter milderen Bedingungen auf jeweiligen Antrag des Steuerzahlers.
5. Wiedererschlagung derjenigen Steuerbeträge der Grundvermögenssteuer und zwar pro rata, die in der Gesamtheit das Einkommen gegenüber dem Voranschlag überschreiten.

Der Antrag geht von dem Grundgedanken aus, daß die Wirtschaft nicht stärker belastet werden soll, als es bei Beginn der Etatsberatung beabsichtigt war.

Die Demokraten haben bei früherer Gelegenheit schon darauf hingewiesen, daß die Gewerbesteuer von einem großen Teil der erwerbstätigen Kreise des Mittelstandes nicht getragen werden kann und daß eine Senkung von etwa 100 Prozent notwendig ist. Sie haben dem Magistrat auch Wege gezeigt, wo erhebliche Ausgaben für das laufende Geschäftsjahr gespart werden können. Es handelt sich dabei um die Neuplanung des südlichen Teils des Breiten Weges und um die Erneuerung der Fallade des Stadttheaters. Die Anträge wurden damals nicht berücksichtigt und so wurde die Gewerbesteuer mit ausdrücklicher Billigung der Rechtsfraktion verabschiedet.

Der Deutsche Bankbeamten-Verein, Zweigverein Magdeburg, hatte seine Mitglieder zu einer Versammlung zusammenberufen, um zu dem am 27. September im Reichsarbeitsministerium ergangenen Schiedspruch Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde dieser Schiedspruch einstimmig abgelehnt, weil er weder der wirtschaftlichen Lage der Bankangestellten gerecht wird, noch den guten Geschäftsgang und die noch besseren Verdienste der Banken im laufenden Jahr berücksichtigt. Auch die jetzige Arbeitslosenzugang ist anzuerkennen, da sie mit dem Gehalt, einen weiteren Personalabbau im Bankgewerbe zu ermöglichen. Die Versammlung beschloß, an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe zu richten, in welcher sofortige Einleitung eines neuen Schiedspruchs gefordert wird. Der Minister wird, daß die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichs- und Staatsbehörden nun endlich energische Vorkehrungen treffen, um dem das große Meer der Arbeitslosen noch weiter vernehmenden Personalabbau zu steuern. Große Entrüstung rief die Drohung des Reichsverbandes der Bankleitungen, im Falle eines für die Angestellten günstigen Schiedspruches weitere Kündigungen von verheirateten Angestellten vornehmen zu wollen, hervor. Diese Entrüstung ist umso mehr berechtigt, als festgestellt werden muß, daß solche Kündigungen in letzter Zeit in größerem Umfang, auch hier in Magdeburg, erfolgt sind, obwohl der gefällte Schiedspruch außerordentlich ungünstig für die Angestellten ist.

Waltersburg. (Ein kleiner Fortschritt.) Der Vertrauensmann der Deutschen Demokratischen Partei, Parteiverbinder A. Aker, wurde vom Kreisrat zum Kreisverordneten Amtsvorsitzer gewählt. Die Rechtsfraktion hatte den Landwirt Sandmann vorgeschlagen. Wir beglückwünschen unseren Freund Aker zu dieser Wahl. Aker ist eine beliebte Persönlichkeit. Er hat in Waltersburg das Reichsbanner geleitet und ist dessen Führer. In Wanderversammlungen genießt Herr Aker volles Vertrauen. Die Deutsche Demokratische Partei wird unter Führung von Aker im Laufe dieses Herbstes in einer öffentlichen Versammlung werden.

Bezirk Halle.

Der deutschnationaler Abg. Jahnke.

Halle. Bei den Reichstagswahlen 1924 führte die Wahlzettel Halle-Werberg ein gewisser Kurt Jahnke. In Klugheiten wurden seine angeblichen Koralle den Wählern angetragen. Seine Jahnke bei Ausbruch des Krieges seine Kräfte dem Vaterland zur Verfügung gestellt und seine an Gefahren und Erfolgen reiche Tätigkeit entfaltet. Seinem Mut und seiner Entschlossenheit habe er es zu danken, daß er aus den größten persönlichen Gefahren immer mit dem Leben davon gekommen sei. Auf die Wahlzettel habe ihn das Vertrauen der vaterländischen Verbände gebracht und während des Kampfes habe er die in das Ruhrgebiet eingedrungenen Franzosen durch Sabotage zu schwächen geholfen.

Im Sinne deutschnationaler Politik konnte Herr Jahnke also ganz hervorragende Eigenschaften aufweisen. Wofür er außerdem noch sehr geeignet war, das geht jetzt aus den Verhandlungen des vom Preussischen Landtag eingesetzten Unterauswahlausschusses gegen Fälschungsvereinigungen und Feme hervor. Nach Zeugenaussagen soll der jetzige deutschnationale Landtagsabgeordnete Kurt Jahnke die Nachhilfe über den günstigen Zeitpunkt des Losschlagens (Küstriner Putz) gebracht und die Zusammenarbeit zwischen der Sabotageaktion und der Organisation des später

Jungdemokraten Halle
Sonabend, den 23. Oktober, im „St. Nicolaus“
Herbstbergnügen
Kabarett - Ball
Eintritt 1.- Mk. Tanz frei.
Beginn 7 Uhr.
Tanzorchester Karl Naumann
Mitglieder und Freunde des Vereins der D. D. P. in Halle werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

wegen Hochverrats zu 10 Jahren Festung verurteilten Majors Buchruder vermittelt haben. Ueberhaupt sei die Rolle des Abgeordneten Jahnke maßgebend und er während der Unterredung, als über das Losschlagens Befehl gefaßt wurde, persönlich anwesend gewesen. So lauten die bisherigen Ergebnisse der Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsgericht und es ergibt sich daraus, daß der Abg. Jahnke auch gewissen Umsturzbestrebungen und Diffamierungslüsten ziemlich nahe gestanden haben muß.

In den Wahlprophezeien 1924 ist diese Tätigkeit des Herrn Jahnke, die nach den Zeugenaussagen in das Jahr 1923 fallen muß, nicht erwähnt worden. Derselbe sollte das damit angebeutet werden, daß er eine an Gefahren und Erfolgen reiche Tätigkeit entfaltet habe und trotzdem immer mit dem Leben davon gekommen sei? Bei späteren Wahlen wird man sich jedenfalls der nach Zeugenaussagen vorliegenden Tätigkeit des Herrn Jahnke beim Küstriner Putz etwas deutlicher erinnern. Deshalb er der Mann der vaterländischen Verbände war, ist aber heute schon klar.

Deutsch-Deutsche Frauengruppe Halle (Saale). Zusammenkünfte im St. Nicolaus, abends 8 1/2 Uhr: Donnerstag, den 14. Oktober 1926; Reichsfraternisierung in Erfurt; Frau Marg. Bennwitz. Donnerstag, den 28. Oktober 1926; Frau und Wohnung; Frau Irma Wolff. Donnerstag, den 11. November 1926; „Reichliche Aussprache.“ Donnerstag, den 25. November 1926; Fräulein E. Grams; Berufsschulen in Thüringen; Donnerstag, den 9. Dezember 1926; Gesellschaftsabend. Änderungen vorbehalten. Der Vorstand.

Jungdemokraten Halle (Saale). In der letzten, gutbesuchten Versammlung der Jungdemokraten sprach Herr stud. jur. Cohn über die „Krise der Demokratie“. Prof. Weber, Heidelberg, sagt in seinem Werk: „Weltkrise und Demokratie: Die Demokratie steht im Kreuzfeuer des Bolschewismus und des Faschismus.“ Diese beiden Extreme sind Folgen des Krieges und d. Z. des Verräters Vertrages. Eine starke Bedrohung der Demokratie liegt in der Verdrängung der Parlamente durch den Radikalismus. Daraus wollen die Gegner eine Systemänderung erzwingen. Was soll einer ertl. Parlamentsbeteiligung folgen? Monarchie (Antieranen-

staat) oder Räteystem (Terror)? Es ist Wade gemeint, nach dem besten Manne zu rufen. Ohne diesen ist jedoch bereits nicht erreicht worden, d. h. Marktstabilisierung, Währungsreform usw. Der Völkerring ist ein glänzendes Zeichen, wenn auch noch ein Experiment, doch ist ja der Parlamentarismus auch noch jung. Wir sind auf dem Wege der Besserung und werden durch politische Erziehung unseres Volkes stets weiter vorwärtstommen. Die Selbstbestimmung des deutschen Volkes, auf eine Form gebracht, lautet: Vom Untertan des Kaiserreichs zum Staatsbürger der freien Republik! Nicht resignieren, sondern mitarbeiten in Treue und Glauben an unsere Sache. Das heißt: die Staatsnotwendigkeiten erkennen. Einmal alle Kräfte sei das Ethos, das die Jugend der Republik geben soll. Freund Cohn schloß seine trefflichen, mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit Goethes herrlichem Wort: — Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten. . . . — In der Aussprache wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Treue zur Republik die Feinde des Volkstaates überwinden wird. Der Völkerring, Klemm, zog die Parallele zur Partei: durch Ehrliche, aber auch mutige Mitarbeit an und in der D. D. P. werden die Jungdemokraten helfen, das Ziel dieser Partei zu erreichen: Die demokratische und soziale Republik nach innen und nach außen. Trotz mancher Widersprüche werden die Jungdemokraten als weitaus härteste republikanische Jugendgruppe Halle unbeirrt diesen Weg gehen. — Die nächste Versammlung findet Mittwoch, 13. 10. 1926 abends 8 Uhr im Rest. St. Nicolaus, Nikolaistraße, statt. Freund Simonsohn spricht über: Die Volkshochschulbewegung. Anschließend Aussprache in zungvoller Form über das Thema: „Warum ist ich Jungdemokrat?“ Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht. Gäste herzlich willkommen.

Jungdemokraten Halle (Saale). Wir laden alle Gesinnungsgenossen und die Angehörigen der befreundeten Organisationen zu unserem Herbstbergnügen am 23. 10. 1926 abends 7 Uhr im großen Saale des Rest. St. Nicolaus, Nikolaistraße, herzlich ein. Karten find im Parkettbüro, Leipziger Straße 21, und in der Steinortsbuchhandlung, Gr. Steinstraße 55 zu haben.

Halle. Von dem am 1. Oktober herausgegebenen Heft der „Hilfe“ hat der Verein auf Vorstandsbeschuß eine Anzahl schiden lassen, da diese Nummer Beiträge namhafter demokratischer Politiker und Parlamentarier über die politische Begründung der Partei, über die politische Lage und über den republikanischen Staat enthält. Parteifreunde, die sich für diese Hefenummer interessieren, können sie, soweit der Vorrat reicht, in der Parteigeschäftsstelle Leipzigerstr. 21 erstehen.

Sonntagsfahrten auch für D-3ige täglich. Während der Dauer des Winterfahrplans 1926-27 werden unter Vorbehalt jezeitigen Witterungs sämtliche Sonntagsfahrten mit Ausnahme der D 42, 43, 61, 63, 155 und 156 zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrten gegen Bezahlung des Schnellzugzuschlages freigegeben.

„Thüringer Land“, illustriertes Unterhaltungsblatt und Fremdenzeitung mit Verkehrsadressen. Herausgeber: Kühn-Verlag (Triumph-Verlag) Weimar, Schlieffach 334. Soeben erschien Heft 18. Die Nummer, fauber und geschmackvoll ausgestattet, bringt wieder zahlreiche Bilder aus dem schönen Thüringen, enthält interessante Aufsätze und viel Wissenswertes für alle, die Thüringen besuchen wollen.

Falkenberg, Freitag, den 15. Oktober. Versammlung mit einem Vortrag des Bezirksvorsitzenden Herrn Renker, Halle.

Soziales

Stellenumwandlung für Kassebeamte bei der Reichsbahn. Nach den Beschüssen des Reichstags hat der Reichsminister der Finanzen bekanntlich verfügt, daß von dem am 31. 3. 20 im Amt gemessenen Anwärtern an Stellen für Kassebeamte und von dem an selben Datum vorzulegenden gemessenen Anwärtern auf diese Stellen, soweit sie noch nicht nach Gruppe 6 besetzt sind, eine Anzahl für ihre Person unter Umwandlung ihrer Stelle in die höhere Gruppe überzuführen sind. Auf Anregung des Abg. Schulz-Schlag (Dem.) ist diese Maßnahme nunmehr auch auf die bei der Reichsbahn beschäftigten Kassebeamten ausgedehnt worden. Die Hauptverwirklichung der Reichsbahn-Gesellschaft hat in Aussicht genommen, in demselben Umfang, in dem für Kassebeamte des Reichs eine Stellenumwandlung vorgesehen ist, auch die Kassebeamten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in den Bereich der Bezüge aus der Besoldungsgruppe 6 zu setzen. Ebenso ist beabsichtigt, entsprechend dem Vorgehen des Reichs, den seinerzeit in Stellen von Eisenbahnbeamten (Gruppe 5) übergeführten ehemaligen Kassebeamten zu 75 Prozent die Bezüge der Gruppe 6 zu gewähren. Voraussetzung für die Durchführung dieser Maßnahme ist, daß die erforderlichen Mittel durch den Wirtschaftsplan für 1927 bereitgestellt werden können.

Hauszinssteuer und Beamtenbesoldung. Von dem 80 Millionen Hauszinssteuer-Ertrag werden etwa 25 Millionen vom Staat als Folge des vom Reichstag beschlossenen Finanzausgleichs für allgemeine Zwecke (Wahlrechtsreform und Erwerbslosenunterstützung) verwendet. In der Öffentlichkeit findet man dagegen die Auffassung verbreitet, daß die Hauszinssteuer für die Beamtenbesoldung verwendet wird. Die Beamtenbesoldung wird sich mit Recht dagegen und fordert, solange die Hauszinssteuer überhaupt noch erhoben werden muß, daß sie ihrem Zweck entsprechend nur zum Lohnausgleich verwendet werden dürfe. Abg. Schulz-Schlag (Dem.) hat das Reichsfinanzministerium ersucht, durch eine offizielle Preisentwurf dem Irrtum, daß die Hauszinssteuer für die Beamtenbesoldung Verwendung findet, entgegenzutreten.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 41

Halle (S.), 9. Oktober 1926

2. Jahrgang

Störende Zwischenfälle.

Die Kunst des Möglichen — Poincaré als Gegenpiel — Das Schuldenabkommen mit Amerika — Geringe Ausichten — Die Auslegung der Eisenbahnböns — Die Begegnung von Livorno — Der Seeweg nach Indien — Die Lockerung des Imperiums — Italiens Ansprüche im Orient — Balkanbündnisse — Unsere Beziehungen zu England — Die Räumung des besetzten Gebietes — Feindliche Zwischenfälle — Volkspartei und Liberalismus — Abgabe nach rechts — Noch keine Große Koalition in Preußen — Karl Seegering — Der Fall Munzinger.

Politik ist die Kunst des Möglichen und damit des Wahren. Den geeigneten Augenblick zu erfassen und auszunutzen, ist das erste und höchste Erfordernis für einen Staatsmann. Infolgedessen ist Geduld Voraussetzung. Wer die Vergangenheit überflieht, weiß, daß das alte Deutschland gerade darin unendlich geschickt war. Wilhelm II. telegraphierte sofort dazwischen, wenn schwierige Verhandlungen nicht im Automobilt tempo gefördert wurden. Inzwischen haben wir ja manches zugeleitet, der Lebensweg dieser letzten acht Jahre hat uns gelehrt, mit wie viel Rücksichten und Hemmungen der Wiederaufbau verbunden ist. Je größer das Ziel, um so länger der Weg. Was Stresemann in Thoiry eingeleitet hat, ist nicht von heute zu morgen durchzuführen. Dazu ist das Problem zu einfach, die Lösung zu großzügig. Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß noch Monate in das Land gehen werden, ehe diese Früchte reifen können. An Aristide Briand liegt es bestimmt nicht, aber er ist kein Diktator mit unbegrenzten Vollmachten. Er ist kein Kabinettschef wie Poincaré, der heute erkannt hat, daß eine Auslösung mit Deutschland ein Gebot der Notwendigkeit ist, so hat er doch in sich immer neue Hemmungen zu überwinden. Jede Verletzung, die an ihn herantritt, der Verständigung auszuweichen, wird bei seiner ganzen Natur zu einer Gefahr.

Sein Schachzug ist bereits erkennbar. Er wünscht die Erledigung des mit Amerika entworfenen Schuldenabkommens, um im Wahlkampf Kredit zu erhalten, die dann die deutsche Hilfe überflüssig machen. Deshalb auch die frühere Einkerzung der Kammer. Trotzdem haben wir keinen Anlaß, dieses Vorgehen mit alzu großer Sorge zu betrachten, nur müssen wir uns darüber klar sein, daß es eine neue Verflechtung zur Folge haben wird. Ausichten für die Durchführung seines Gedankens bestehen nur in geringem Ausmaß. Das Parlament ist bisher gegen die Ratifizierung des Abkommens gewesen und würde eine Aenderung seiner Haltung nur dann vornehmen, wenn von den Vereinigten Staaten erhebliche Zugeständnisse gemacht würden. Daran ist bei der ganzen in Washington herrschenden Stimmung aber kaum zu denken. Ähnliche Aeußerungen lassen keinen Zweifel über die eigentliche Stimmung des Präsidenten Coolidge. Poincaré sucht insofern nach einem Ausfallsmittel und will den Vertrag mit einer Reihe von Vorbehalten beschließen. Verfassungsmäßig ist das nicht möglich, weswegen nach den bisherigen Gepflogenheiten. Das Parlament kann Verträge nur gutheissen oder verwerfen. Aber selbst, wenn es sich seiner Auffassung anschließen würde, hätte das international garnichts zu befehlen. Es hände die französische Regierung, ohne die amerikanischen zu verpflichten. Schon diese Erkenntnis dürfte die Widerstände in Paris gegen eine solche Regelung verfeinern.

Wesentlich erster muß aber die Abneigung des Weissen Hauses gegen eine Auslegung unserer Eisenbahnböns auf amerikanischen Gebieten betrachtet werden. Coolidge hat zwar ein Denenit gegen einzelne Presseäußerungen gerichtet, das jedoch nur formalen Wert hat. Die amerikanische Regierung ist offiziell von dem Bestreben, die Obligationen flüssig zu machen, weder dem Deutschland noch durch die Entente verständigt worden und brachte insofern überhaupt keine Kenntnis davon zu nehmen. Tritt jedoch dieser Zwang ein, so würde eine freundliche Ablehnung erfolgen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Amerika ohne offizielle Erlaubnis, die Anleihen aufzulösen, gleich- wie zum Bürger der deutsch-französischen Verständigung würde, was in ihrem Sinne eine Einmischung in europäische Angelegenheiten bedeuten müßte. Dagegen scheint es, als ob man gegen einen Kauf von Obligationen durch private nicht sonderlich viel einzuwenden hätte. Damit ist eine gewisse Klarheit geschaffen. Erhält Frankreich sich von sich aus das zur Frankentabilisierung notwendige Bargeld, so könnte eine Auslegung der Böns in Europa erfolgen. Es kämen dann die Börsen von London, Amsterdam, Zürich und auch Berlin in Frage. Amerikanisches Publikum würde sich vielleicht beteiligen, sogar als wahrscheinlich wäre das anzusehen. Einein-

halb bis zwei Milliarden Goldmark sind zwar für heutige Verhältnisse eine gewaltige Summe, doch sind sie nach den bisherigen Erfahrungen schon aufzubringen. Allerdings taum zu dem im Dawesgutachten vorgeschriebenen Zinsfuß von 5 Prozent. Da man daran kaum etwas ändern kann, würde der Ausgabebetrag sehr niedrig sein. Für Deutschland entstünden Verluste von gut 150-200 Millionen Goldmark, die aber angesichts der politischen Wichtigkeit der ganzen Aktion getragen werden müßten. Voraussetzung bleibt allerdings, daß zunächst Poincaré mit seiner italienischen Mandanten scheidet.

Der Verständigungswille besteht auf allen Seiten. Einige Anträge hat allerdings die Begegnung von Livorno hervorgerufen, namentlich in Paris. Man ist gewöhnt, in Herrn Mussolini das Schreckensbild Europas zu sehen und wir zweifeln garnicht daran, daß ihm keine Politik sagt, bei der er nicht die ausschlaggebende Rolle spielt. Das liegt in seinem Temperament begründet. Deshalb sah man auch seiner Zusammenkunft mit Chamberlain etwas bejagt entgegen. Ueber die Einzelheiten sind wir auch heute noch nicht unterrichtet. Das antilige Communiqué, das nach Abschluß ausgegeben wurde, ist von einer geradezu verblüffenden Unklarheit. Es befragt nichts. Staatsmänner sind immer befreundet, ohne daß das verstanden zu werden braucht, und daß England und Italien bemüht sind, eine gemeinsame Linie zu finden, ist auch keine Ueberraschung. Wir sind daher auf Annahmen angewiesen. Petit Parisien aus dem Tribune haben Informationen gebracht, die mindestens als wahrheitsgemäß und glaubhaft an werden können. Danach hat Chamberlain verfuhen zu einem Anschlag auf die deutsch-französisch ständige zu bewegen. Ihm selbst liegt lediglich der Seeweg nach Indien, die eigentliche Schachman. Diese Rechnung hat viel für sich, namentlich einer Zeit, wo das britische Imperium mit stark gefährlichsteiten mit sich selbst zu kämpfen hat. Die minis verweigert jede Gefolgschaft in Europa verlangen deshalb eine stärkere Anteilnahme an Erledigung der diplomatischen Geschäfte. England kann sich daher kaum einem Bunde anschließen, unter Umständen zu Maßnahmen auf dem alten verpflichtet. Es wäre möglich, daß es Italien als Vertrauensmann hinein entsenden will.

In die gleiche Richtung weist die Behauptung Chamberlain den italienischen Ansprüchen auf sich sehr kühl entgegengetreten ist. Der Eingang zum Meer ist eine Lebensfrage. Dafür soll es freie Hand dem Balkan und dem nahen Orient, offenbar zu zugestanden haben. Es würde uns daher nicht nehmen, wenn wir dort bald einer größeren A-

Die Verständigungstendenzen mit Frankreich muß all- leise Einschränkungen erfahren, sobald sich etwa ein Ge- genatz zwischen ihm und England herausbilden. Ihn zu verhalten, wird eine der wichtigsten Aufgaben der deut- schen Diplomatie sein. Vorläufig haben allerdings die Beziehungen zwischen Berlin und Paris manche Bes- lastigungsprobe auszuhalten. Wir brauchen nicht auf die Zwischenfälle im besetzten Gebiet im Einzelnen einzugehen. Bald wird von dieser, bald von jener Seite ge- fundigt, und die Vorgänge sehen, unter die Lupe genom- men, nicht immer so aus, wie die deutschnationale Presse sie darstellt. Eine gemeinsame Erklärung des Reichs- kommissars für die besetzten Gebiete und der Rheinland- kommissar, zeigen den Willen, solche Zwischenfälle nicht emporsusen zu lassen. Damit muß uns vorerst auch Genüge getan sein. Selbstverständlich bezeugen all diese Vorgänge, ganz gleich wie sich die Schuld verteilt, die unbedingte Notwendigkeit, daß die Räumung rasch und reiflos vollzogen wird. Wenn Pariser Blätter jetzt gene davon sprechen, daß man die Besetzung doch nicht preis- geben könne und lieber den Satz scheitern lasse, so über- sehen sie, daß uns der Artikel 10 der Vörföderatsakte, einen Rechtsittel auf die Unverletzlichkeit anderer Ge- bietes und die Unbeschränktheit unserer Hoheitsrechte gewährt.

Untere Forderungen bleiben bestehen und werden Regierung mit aller Ent- haben aber keinen Anlaß, es weiter treiben zu lassen, entpricht. In einer Er- nach rechts ist nicht zu in Großen Westart können Dr. Stresemann hat ihn Deutsche Volkspartei zur partei ist entschlossen, die en und es war kein Ju- hauptminister weil der frü- Böhmit ein klares Be- kismus ablegen, auch zur ist der Weg vorgezeichnet, wenn die Volkspartei erung einträte. Spruchreif noch nicht, doch kann man bezeichnen. Der Rüd- indheitszuständen erfolgte, umbildung geben. Karl Se- seinem Ausschcheiden aus dem der Anerkennung und löst sein Nachfolger, der so- dent, die Aufgaben bis



Jeder Demokrat,

der noch nicht eingeschriebenes Mitglied der D. D. P. ist, erklärt sofort seinen Beitritt bei der Geschäftsstelle der D. D. P. Magdeburg, Breitenweg 139/140. T 8095.

Mussolinis begegnen. Störend genug sind sie, aber sie tragen wenigstens keine unmittelbare Gefahr für uns in sich. Europäer machen die Bündnisbestrebungen im Ostosten Europas einen bedenklichen Eindruck. Italien erstreckt dort flüchtig eine Koalition aller Balkan- staaten gegen Jugoslawien, das in engen Beziehungen zu Frankreich steht. Auch das paßt in den Rahmen der Nebenbuhlerschaft der beiden lateinischen Nationen ist auch für uns nicht erfreulich, weil es uns dauernd vor die Wahl stellen wird, ob wir französische oder italienische Wünsche zu unterstützen haben. Hier bergen sich auch ge- wisse Gefahren in der Verständigungspolitik mit Paris. Deshalb schon jede Spitze gegen England vermieiden werden. Wir sind nicht hart genug, um uns selbständig zu behaupten, aber auch nicht gezwungen, Balkan zu werden.

rohe für die deutsche Re- ge in Müllingen dar. Die es ältesten Entfels des ege- maligen Kaisers, noch dazu in das 9. Regiment, das die Tradition der Garde war, war außen- und innenpolitisch eine Herausforderung. Die Einmischung von Zeifreiwilgen ist gesetzlich verboten. Anders läge es, wenn der Prinz unter den gleichen Bedingungen wie jeder andere in die Armee einträte und den Eid auf die repu- blikanische Verfassung leistet. Das aber war nicht be- absichtigt. Es war offenbar eine Spielerei, die den Prinzen mit der alten Truppe in Fühlung bringen sollte. Ist schon deshalb eine energische Befragung der Schuldigen zu verlangen, so wird der Fall noch dadurch verschlimmert, daß weder der parlamentarisch allein ver- antwortliche Reichswehrminister, noch der Reichspräsi- dent als Chef der Armee vorher befragt worden sind. Es handelt sich hier um eine offene Verleumdung, die unter keinen Umständen gebüßt werden kann. Wir müssen verlangen, daß die daran Beteiligten sofort entlassen werden. Das ist auch die Pflicht des Ministers, der jetzt in jagernem Kampf um die Autorität steht, und wie wir annehmen dürfen, mit Unterstützung des gesamten Ka- binets eine gründliche Säuberung vornehmen wird, un- geblümmert um die Folgen, die sich daraus ergeben. In diesem Kampf hat er alle Republikaner hinter sich.

Richard May.